

Correspondent

Ersteinst
Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 14. Dezember 1905.

№ 144.

Bekanntmachung.

Im Interesse der fortgesetzten Verallgemeinerung des Tarifes richten wir an die tarifstreuen Herren Prinzipale und deren Faktoren die ergebene Bitte, bei Bedarf von Arbeitskräften sich möglichst ausschließlich an unsere Arbeitsnachweise zu wenden. Unsere Arbeitsnachweise vermitteln nur solche Gehilfen, die bis zum Eintritte ihrer Arbeitslosigkeit in tarifstreuen Buchdruckereien entweder gelernt oder in solchen gearbeitet haben. **Von Tarifes wegen und auch zur Milderung der Arbeitslosigkeit** bitten wir die tarifstreuen Firmen, es sich angelegen sein zu lassen, nur unsere Arbeitsnachweise zu benutzen.

Berechtigte Beschwerden, die gegen vermittelte Arbeitslose bei uns direkt oder bei den Verwaltern der einzelnen Nachweise erhoben werden, sollen eingehend geprüft und vorhandene Uebelstände im Interesse der Wirksamkeit unserer Nachweise abgestellt werden.

Vorläufig sind die nachstehenden Arbeitsnachweise etabliert worden; die Errichtung weiterer Nachweise ist in Aussicht genommen.

Altenburg (S.-A.): Adelsheidstraße 14, II, Emil Sturm.
Augsburg: Innere Uferstraße 17/0, Ph. Schmid.
Barmen: Steinweg 11, Adolf Schwaigerer.
Berlin: Puttamerstr. 19, Robert Littmann (Fernspr. Amt VI, 2103).
Bielefeld: Weststraße 28, Louis Ernst.
Brandenburg a. H.: Nikolaistraße 19, II, W. Jordan.
Braunschweig: Kannelbergstraße 5, H. Nicolai.
Bremen: Ansgaritorstr. 24, Gewerbehau, Zimmer 25, part., Fr. Bösmann.
Breslau: Gräblichenerstr. 77 II, H. Härte! (Fernspr. 8884).
Chemnitz: Brückenstraße 31, R. Müller.
Darmstadt: Bleichstraße 26, Wlth. Oswald.
Dessau: Melanchthonstraße 12, II, Robert Böckel.
Dortmund: Grafenhof 7, Karl Zirwe.
Dresden: Grünestraße 2, I, O. Sassenberg.
Düsseldorf: Franklinstraße 60, I, Heinrich Born.
Essen (Ruhr): Druckerlei des „Allgemeinen Beobachter“, Paul Freymuth.

Frankfurt a. M.: Schmidstraße 7 I, Karl Neus (Fernspr. Amt I, 2938).
Freiburg i. B.: Lehenstraße 20, II, Rich. Jacobi.
Gotha: Klemmstraße 4, Hugo Langloß.
Hagen i. W.: Membergstraße 31, Hugo Heilmann.
Halle a. S.: Kleine Klausstraße 7, II, Chr. Ohls (Fernspr. 943).
Hamburg: Al. Bäckerstraße 31, II, Emil Koch.
Hannover: Knochenhauerstraße 1, I (Wiedbrauck), Th. Ehrhardt (Fernspr. 3238).
Hildesheim: Schuhstraße 32, III, W. Kraus.
Jena: Marienstraße 11, Rich. Weinhardt.
Karlsruhe i. B.: Zähringerstraße 112, Ludw. Walbel.
Kassel: Artilleriestraße 19, Julius Nidel.
Kiel: Sehmberg 14, I, August Reidel.
Köln a. Rh.: Mexianerstraße 34, II, Ferd. Linden.
Königsberg i. Pr.: Sachheim, rechte Straße 121, II, D. Sterobe.
Krefeld: Hubertusstraße 7, II, M. Bücher.

Leipzig: Buchgewerbehau, Gerichtsweg 24, Erdgesch., Rich. Zübert.
Lübeck: Mengstraße 16, Max Schmidt.
Magdeburg: Albrechtstraße 4, part., Adolf Reimert (Fernspr. 431).
Mainz: Buchdr. der „Mainzer Volksztg.“, Jos. Walter.
München: Auenstraße 22, I, Ludwig Zoeltich.
Münster i. W.: Bohlweg 72, II, B. Meister.
Naumburg a. S.: Wiesenstraße Ia, Otto Leichmann.
Nürnberg: Untere Krämergasse 15, III, Johann Stumpner.
Posen: Königsplatz 5, Gartenhaus 3, Eingang III, W. Klojef.
Saarbrücken: Vorstadtstraße 26, I, W. Pfeifenberger.
Stettin: Schuhstraße 4, Just (Bornemannsche Buchdruckerei).
Stuttgart: Jakobstraße 16, part., Karl Rnie.
Worms: Wallstraße 7, Heinrich Eberhard.
Würzburg: Julius-Promenade 5, III, Jos. Günther.

Berlin, Dezember 1905.

Das Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker.

Gg. W. Bützentstein, Prinzipalvorsitzender. L. G. Giesede, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Fortsetzung aus Nr. 142.)

In Nr. 141 haben wir an dieser Stelle mit größter Reserve uns über die Zerwürfisse in der Verbandsleitung der **Buchbinder** geäußert und u. a. gesagt, „daß man mit dem Verbandsausschusse, der über den ganzen Streit entscheiden soll, recht unzufrieden ist, weil er noch immer keine Entscheidung getroffen hat“. Gegen diesen Passus wendet sich in einer Zuschrift an uns der Vorsitzende G. Zipperer des in Leipzig domizilierenden Verbandsausschusses. Einmal sei es nicht richtig, daß der Ausschuss noch keine Entscheidung getroffen habe, sondern in allen Fällen hätten sich beide Parteien den Entscheidungen unterworfen und die vom Ausschusse getroffenen Anordnungen befolgt, und zum andern könne von einer Entscheidung über den ganzen Streit nicht gesprochen werden, denn es handle sich um eine Reihe von Streitfällen, die wohl in derselben Ursache zu suchen, die aber zu den verschiedensten Zeiten und völlig unabhängig voneinander dem Ausschuss zur Entscheidung unterbreitet worden sind“. Daß es sich also bei dem Anrufen des Ausschusses um Streitfälle aus denselben Ursachen dreht, gibt der Vorsitzende Zipperer selbst zu, eine Entscheidung des „ganzen Streites“ habe ihm aber nicht obgelegen. Wir sind durch die verschiedensten Korrespondenzen in der „Buchbinderzeitung“ zu der Meinung gekommen, daß der Verbandsausschuss ein vollständiges Aufwaschen vornehmen sollte, die Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Klatsch in der Versammlung in Kaufbeuren (Nr. 44) stützen diese Ansicht ebenfalls. Ferner haben die Berichte über die Versammlungen in Magdeburg (Nr. 42), Potsdam-Rovawes (Nr. 43) sowie die Resolution der Tagung des Gaus X (Nr. 42) deutlich den Wunsch nach einer Verschleimung der Entscheidung des Verbandsausschusses enthalten. Daß diese inzwischen gefallen ist, konnten wir nicht wissen, weil wir nichts darüber gelesen haben. Und nur auf Grund dessen, was in der „Buchbinderzeitung“ veröffentlicht worden ist, haben wir in Nr. 141 jene gewiß objektiv gehaltenen Zeilen gebracht; von einem veröffentlichten Entscheidung des Ausschusses hätten wir natürlich ebenso sachlich Notiz genommen. Herr Zipperer irrt sehr, wenn er meint, der Verfasser der Gewerkschaftsübersicht befände sich in totaler Unkenntnis über die Natur des Konfliktes im Vorstande

des Buchbinderverbandes. Bei dem innigen Kontakte zwischen den Mitgliedern des Buchbinderverbandes und unserer Organisation liegt eine vollständige Orientierung doch nicht aus dem Bereiche der Möglichkeit; wenn wir uns aber trotzdem nur an das Veröffentlichliche hielten, so beweist das wohl unsere Loyalität. Ganz entschieden müssen wir aber bestreiten, daß der von Herrn Zipperer angegriffene Satz im „Corr.“ die Verwirrung in den Reihen des Buchbinderverbandes nur noch vergrößern könnte, und zwar namentlich in der Provinz. Wenn unsere Schwäger den „Corr.“ so gut lesen würden, welches eifrige Studium müßten wir da erst bei unseren Mitgliedern voraussetzen? Und wie sieht es bei denselben damit aus?! Wer sich von unseren Provinzkollegen für die Organisation der Buchbinder interessiert, der findet sicher leicht Gelegenheit, sich das Buchbinderorgan zu verschaffen und sich sein eigenes Urteil zu bilden. Wie das ausfallen wird nach eigener Verfolgung solcher Differenzen, kann sich Herr Zipperer wohl denken. Wenn Herr Zipperer so ängstlich ist, dann sollte er doch auch dafür sorgen, daß der „Vorwärts“ nicht über Versammlungen berichtet wie die Amtsenthebung der Hauptvorstandsmitglieder. Das kann doch nach solchen Bedenken nur erst recht schädlich sein. Dann überhaupt weg mit der öffentlichen Berichterstattung! So wenig uns daran gelegen war, dem Verbandsausschusse der Buchbinder zu nahe zu treten, so entfernt ist uns auch die Absicht, andere Gewerkschaften zu verletzen. Was man sich aber gegen die Buchdrucker oder den „Corr.“ leistet, das ist letztlich erst wieder in zwei Fällen („Schwäbische Tagwacht“ und „Leipziger Volkszeitung“) gezeigt worden, und seitdem ist schon wieder etliches in unsere Sammelmappe gewandert — unerwidert. Erste Zeilen hat die Organisation der **Bergarbeiter** in den letzten Wochen und Monaten durchgemacht. Es hatte manchesmal den Anschein, als sollte das Jahresende ein Finales finden, wie es der Jahresanfang als Präliminium zu dem wirtschaftlichen Kampfsjahre 1906 gebracht hatte. Die Essener Revierrkonferenz am 18. November, die von 181 Delegierten der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen besetzt war, hat aber jeden Zweifel behoben, als ob die Bergleute auf einen neuen Waffengang brennen. Dieser heiße Wunsch ist vielmehr nur bei den Leuten vorhanden, welche so gern von den Streittheuern reden; es sind das dieselben Pappenheimer, die im Aus-

lande Arbeitswillige werben lassen und die inländischen Kohlenverbraucher mit einer Verteuerung der Kohlen zu einer Zeit (zum 1. April 1906) beglücken, wo sie nicht im entferntesten daran denken, die vorgeschätzte Erhöhung der Produktionskosten infolge von Lohnverhörungen mit den wirklichen Tatsachen in Einklang zu bringen. Was die Herren Kohlenwucherer sich in der Auslegung der neuen Arbeitsordnung und überhaupt in der praktischen Durchführung des neuen Berggesetzes leisten, käuft nämlich eher auf eine Verbilligung der Kohlenförderung hinaus. Gegen diese Praktiken sowie gegen die eine Aufhebung der Freizügigkeit bedeutende Sperre mißliebiger Bergarbeiter sowie eine ganze Reihe anderer Mißstände wandte sich die Entrüstung der rheinisch-westfälischen Bergleute, die in unzähligen Versammlungen zum Ausdruck kam, welche von den Zechenbeamten oftmals zur Verteilung versucht wurden, wobei selbst Polizeibeamte hilfreiche Dienste leisteten. Diese Zustände reizen allerdings zur Empörung. Die von der Siebenerkommission dem Reichskanzler sowie dem preussischen Handelsminister gemachten Vorstellungen hatten einwirken nur den Erfolg, daß das Oberbergamt Dortmund mit der Erledigung der Beschwerden betraut wurde. Die Aufhebung der Sperre scheint aber verwirklicht zu werden — wenn der Bergbauliche Verein seinen gegebenen Versprechungen die Tat folgen läßt. Der Geheimrat Berggrat Krabber, erster Vorsitzender dieser mächtigsten Unternehmerorganisation Deutschlands, ist über diese Frage gestolpert, er hat sein Amt niedergelegt wegen Meinungsverschiedenheiten mit den Vorstandsmittgliedern. Doch nicht nur in Rheinland-Westfalen, wo es auch zu einigen unbedeutenden und kurzen Ausständen wegen Schichtverlängerung kam, die abgewehrt werden konnte, sondern auch in Oberloosungen gingen die Bogen ganz besonders hoch. Die dortselbst unternommenen Versuche, durch Ausstände höhere Löhne zu erreichen, sind aber fast in allen Fällen mißlungen. In den letzten Wochen setzte dann in Sachsen eine Lohnbewegung ein, über deren Resultat noch nichts gesagt werden kann, weil die Sache sich noch im Entwicklungsstadium befindet. Die aufgebrängte Arbeitsordnung soll nicht unterdrückt, bei den bis zum 15. Dezember im Ruhrreviere vorzunehmenden ersten Arbeiterausschusswahlen Stimmeneinhaltung gelobt werden. Die erste Parole lautete vorher allerdings anders. Der Bergarbeiterverband ist aber auch jetzt

nicht aus prinzipiellen Gründen gegen die Arbeiteraus-
schüsse, sondern diese Wahlenthaltung ist lediglich ein Akt
der Solidarität mit den entrechteten Kameraden. Es sind
nämlich auf etwa 27 Zehnen Tausende von Vergleuten
wegen Beteiligung am letzten Vergarbeiterstreik vom Wahl-
rechte ausgeschlossen worden. Der christliche Vergarbeiter-
verband hat diese Zählung nicht befolgt, sondern für Wahl-
beteiligung agitiert. Wie aber die ersten Meldungen über
den Ausfall der Wahlen erkennen lassen, haben sich die
Christlichen mit diesem Mandat eine arge Schlappe ge-
holt. Auf fünf Zehnen z. B., die eine Delegationsziffer
von über 8000 Mann aufweisen, wählten im ganzen
210 christliche Vergleute. Auf einer dieser Zehnen waren
es gar nur sieben Wähler, und die gaben ihre Stimmen
obendrein einem Verbändler, der sein Amt also gar nicht
ansetzen würde. Die Parole des christlichen Verbandes
ist also nicht einmal von seinen eigenen Mitgliedern be-
folgt worden! Bei den ebenfalls in diesen Tagen statt-
findenden Verggewerkschaftswahlen stellen jedoch beide
Organisationen eigne Kandidaten auf. Der Wahlkampf
hat aber nicht den rohen Charakter angenommen, auf den
ihn früherer Bruch zu erniedrigen verstand.

199947 Mk. waren bis zum 7. Februar, dem Tage der
Aufhebung des großen Vergarbeiterstreiks, als Unterstützung
aus der gemeinsamen Kasse ausgegeben. Der Ertrag der
Sammlungen belief sich bis zum gleichen Tage auf
933226 Mk., aus eigenen Mitteln brachten die Verg-
arbeiterverbände 216,509 Mk. auf. Der Kampf an der
Ruhr hat übrigens noch zu bestigen Auseinandersetzungen
zwischen den beteiligten Organisationen geführt. Während
der Essener Reichstagswahlkampagne wurde nämlich von
Zentrumseite mit der Behauptung kolportiert, der Verg-
arbeiterverband habe 20000 Mk. von den Sammelgebern
an die russischen Revolutionäre abgeführt. Das entspricht
aber nicht der Wahrheit. Der sogenannte alte Verband
hat wohl 5000 Mk. aus Sammlungen in seinen Reihen
für die russischen Vergarbeiter hergegeben, die bewußten
20000 Mk. hat jedoch der Vorstand der sozialdemokra-
tischen Partei für die russischen Revolutionäre bewilligt.
Diesem Wahlschwindel stehen die christlichen Vergarbeiter-
führer Effert und Behrens sehr nahe. Der Redakteur der
„Essener Volkszeitung“ ist von dem Vorstande des Verg-
arbeiterverbandes wegen Verbreitung dieses Gerüchtes ver-
klagt worden.

Als „Opfer des Vorwärts-Konfliktes“ sollten die
Redakteure der „Vergarbeiterzeitung“, Hne und Leim-
peters, auf der Strede geblieben sein. „Leipziger Volks-
zeitung“ und „Vorwärts“ brachten nach dem nicht ganz
zuverlässigen Zentrumsblatte „Tremonia“ eifrigst diese
Nachricht. Andere Parteiblätter, wie z. B. die „Schiffliche
Arbeiterzeitung“, verfaßten diese Meldung vorzüglichster
mit einem Fragezeichen. Der Gesamtverband des Verg-
arbeiterverbandes gestörte durch eine öffentliche Erklärung
aber alsobald diese schönen Illusionen durch die Er-
klärung, daß es sich um reine Phantasieprodukte handle.
Es finden nämlich in der Redaktion schon längere Zeit
geplante Verschönerungen statt, die teils auf bei Arbeiter-
blättern bekanntlich tief einschneidende preßgesetzliche Maß-
nahmen, teils auf persönliche Wünsche zurückzuführen sind.
Beide bewährte Kräfte bleiben der Arbeit in der Organi-
sationsleitung erhalten, wenn teilweise auch auf anderen
Gebieten. Verantwortlich zeichnet jetzt Georg Wismann
die „Vergarbeiterzeitung“.

Das Organ der „Gasarbeiter“, der „Nachgenosse“,
hat den 20. Jahrgang beendet. Bei der Gelegenheit ist
die Bemerkung jedenfalls nicht ohne Interesse, daß dieses
Fachorgan sowie das der Textilarbeiter noch nicht Ver-
bandsorgan sind.

Der deutsche Metallarbeiterverband hat eine be-
deutungsvolle Etappe zurückgelegt, nämlich die erste
Viertelmillion Mitglieder erreicht. Da in den allermeisten
deutschen Gewerkschaften das Verbandsorgan obligatorisch
eingeführt ist, die Auflage desselben immer gleichbedeutend
mit dem Mitgliederstande, die wenigen Privatabonnements
können darauf nichts ändern. Dieser so offizielle Aufstieg ist
um so bemerkenswerter, als die Metallarbeiterorganisa-
tion in den letzten Jahren schwierige Kampfzeiten
durchgemacht hat. Weil aber die Metallarbeiter nächst
den Vergleuten mit den kräftigsten Unternehmerorganisa-
tionen zu rechnen haben, die den Herrn im Hause noch
lange nicht vertreiben wollen — wenn es lediglich nach
ihrem Belieben ginge! —, so muß die Organisationsarbeit
auch in Zukunft mit größtem Eifer gepflegt werden, denn
noch sind erst (nach dem Jahresabschluss für 1904)
32,97 Proz. von den Metallarbeitern organisiert, noch
wollen auch die Industrieländerbände diese Arbeiterorgani-
sation nicht anerkennen. Unter den Mitgliedern
des Metallarbeiterverbandes nimmt die Berliner mit
53400 Mitgliedern die erste Stelle ein, sie ist überhaupt
die größte in der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Streit und die Aussperrung in der Berliner
Elektrizitätsindustrie, über die wir uns sofort nach ihrer Be-
endigung in Nr. 122 kritisch geäußert haben, und zwar
in einer Weise, daß der Berliner „Vorwärts“ einen großen
Teil dieser Ausführungen wirklich wiedergab, was wohl
auch ein Beweis, daß die angebliche Vergebung der Ge-
werkschaften durch diese Rubrik des „Corr.“ nur ein
Märchen ist, hat in Berliner Metallarbeiterkreisen noch
große Wellen geschlagen. Anlaß dazu bot ein Artikel
der „Metallarbeiterzeitung“, welcher sich eingehend mit
diesem Kampfe beschäftigte und allgemeines Interesse be-
anspruchte, da derartige Beurteilungen eines großen
Kampfes eine Richtschnur für künftige Fälle sein können,

wenn die gewonnenen Lehren richtig verwerten. Zu
dem Artikel wird also bebauert.

... daß der Entscheidung über so wichtige
Fragen in den seltensten Fällen ruhige, kühle
Abwägung der tatsächlichen Machtverhältnisse
vorangeht, daß nicht Vernunftgründe, sondern
lediglich die momentane, auf einer verhängnis-
vollen Selbstüberschätzung beruhende Kampfes-
stimmung für die Entscheidung maßgebend ist. Die
warmeren Stimme der in den gewerkschaftlichen Kämpfen
erfahrenen Führer wird nicht nur überhört, sondern
mit recht drastischen Ehrenbeleidigungen, von denen
„Brenner“ die glimpflichsten, „Verräter“ noch eine harm-
lose ist, werden die Warner abgetan. Daher kommt es
auch, daß Warner vor Unüberlegtheit, vor Ueber-
schätzung der eignen Kraft, heute fast nur aus den
Kreisen der Beamten und der mehr unabhängigen
Arbeiterexistenzen hervorgehen, die gemäßigten Ele-
menten aus den beteiligten Arbeiterkreisen, die an Paß
nicht gering sind, halten mit ihrer Meinung zurück,
weil es heute schon als eine Schande gilt, nicht
radikal zu sein. . . .

Nach längeren Ausführungen, die eine herbe Kritik an
Ausstellungen der bekanntesten Parteigrößen über Gewerks-
chaftsführer darstellen und sich eingehend damit beschäftigen,
in welcher unvernünftiger Weise oftmals die Parteipresse
zur Verschärfung eines wirtschaftlichen Kampfes beiträgt,
und wie manchmal den Arbeitern eine total falsche Mei-
nung über ihre Position beigebracht wird, heißt es zum
Schlusse:

Wenn der Berliner Kampf etwas mit
geradezu erschreckender Deutlichkeit gezeigt
hat, so die Gefahr, die in einer Uebererschätzung
der eignen Kraft liegt.

Die Debatte setzte zu diesem, anscheinend von auto-
ritativer Seite stammenden Artikel folgendes hinzu:

Ein objektives Urteil über diese ganze Bewegung
kann nur dahin lauten, daß dabei die allerersten
Regeln der Streiktaktik unbeachtet geblieben
sind. Nachdem die lokalen Verbandsleitungen von
Anfang an der Meinung waren, daß die gemachten
Zugeständnisse zu akzeptieren seien, hätten sie zur
Arbeitszeinstellung ihre Zustimmung nicht
geben sollen. Mindestens aber müßten sie, nachdem
am 23. September die zuerst gemachten Willigungen
wieder zurückgenommen wurden, darauf dringen, daß die
Arbeit aufgenommen wird; sie dürften nicht die
Entscheidung den Streikenden überlassen, ob
noch weitere 20000 Arbeiter ausgesperrt werden. . . .
Es darf nicht wieder vorkommen, daß man in der
Nachgiebigkeit so weit geht, den Streikenden
die endgültige Entscheidung in einer so tief
einschneidenden Frage zu überlassen, ob noch
weitere Tausende ausgesperrt werden sollen oder nicht.
Darüber dürfen nur die der Gesamtheit verantwort-
lichen Instanzen entscheiden, die, wenn es die Verhält-
nisse erfordern, von der ihnen zuzehenden Verfügung
ohne Rücksicht auf gewisse Stimmungen Ge-
brauch machen müssen.

Wir können konstatieren, daß diese zwei Urteile mit
unser in Nr. 122 geäußerten Ansicht übereinstimmen.
In einer Ende November in Berlin abgehaltenen großen
Metallarbeiterversammlung vertrat der Verbandsvorsitzende
Schlichte dieselben Gesichtspunkte und der erste Bevoll-
mächtigte Cohen erklärte, drei Gründe seien für die Be-
legung des Kampfes bestimmend gewesen: Erstens der
Mangel an Geld, zweitens die ungenügende Organisation
der Aussperrten (von 33000 Aussperrten waren nur
17000 organisiert) und drittens die Organisationszer-
spaltung. „Wenn gesagt wurde, die Aus-
gesperrten sollten so viel Idealismus besitzen,
um während der ersten 14 Tage oder drei
Wochen auf Streikunterstützung zu verzichten,
so höre sich das zwar sehr schön an, sei praktisch
jedoch undurchführbar. Wer das wolle, möge es
selbst vormachen.“ Darüber sind ja nun freilich keine
Worte zu verlieren, daß es sich mit dem Verzicht auf Unter-
stützung nur um eine akademische, praktische Verwirklichung
ausschließende Ansicht handelt.

Der frühere zweite Berliner Bevollmächtigte des Metall-
arbeiterverbandes, Wiejenhal, ist wegen groben Verstoßes
gegen die gewerkschaftliche Disziplin durch den Verbands-
vorstand aus der Organisation ausgeschlossen worden. Die
Agitationskommission der Ruhrleger hat für Wiejenhal
Partei ergriffen und den Ausschluß des ersten Bevoll-
mächtigten Cohen und zweier anderer Mitglieder ver-
langt, wozu es indessen nicht gekommen ist, wohl aber zu
einem Vertrauensvotum für die Angegriffenen. Der Fall
ist im „Vorwärts“ viel besprochen worden.

Mit der Aussperrung der Schiffsarbeiter im Kreise
Solinger hat es seine eigne Bewandnis. Dasselbe richtet
sich nämlich nur gegen die im Metallarbeiterverbande
organisierten Schläger, die Unternehmer stützen sich dabei
auf einen Verein der Arbeitswilligen. Allen Anschein
nach ist dies eine auf lokalem Boden stehende Arbeiter-
organisation, deren es in der Solinger Gegend sehr viele
gibt und die auf die Zentralorganisation schlechthin zu
sprechen sind.

Die Organisation der Werftarbeiter und deren
Organ haben zu bestehen aufgehört. In der Außer-
ordentlichen Generalversammlung wurde die Auflösung
dieser durch die Aussperrung der auf den Werften in den
Unterweserorten beschäftigten Arbeiter völlig erschöpften
Verbandes beschlossen. Dem Metallarbeiterverbande wurde

der Vorwurf gemacht, er habe die zu dieser Aussperrung
führenden Streiks gebilligt, um die Werftarbeiterorgani-
sation dabei zur Auflösung zu bringen. Von der an-
gegriffenen Seite wird dies jedoch entschieden bestritten.
Die Verhältnisse seien eben stärker gewesen als der Werft-
arbeiterverband; seine Auflösung hätte früher oder später
doch mit Naturnotwendigkeit kommen müssen, weil so
kleine, über nur wenige Betriebe sich erstreckende Organi-
sationen gegen das Unternehmertum solcher Riesenbetriebe
einfach ohnmächtig seien. Die Werftarbeiter dürften zum
überwiegenden Teile in den Metallarbeiterverband über-
getreten sein.

Der Ausgang des Kampfes der Textilarbeiter in
Mitteldeutschland gab dem Verbandsorgane derselben Ver-
anlassung, in der neuesten Nummer die Kampfanwendung
aus dieser Niederlage zu ziehen. Wir geben nachstehend
auszüglich das Urteil der Redaktion des „Textilarbeiter“
wieder:

Schuld daran, daß es zum Kampfe kam, sind in
erster Linie die Unternehmer, indem sie sich beharrlich
weigerten, die von den Arbeitern eingereichten Lohn-
tarife zu bewilligen. Das ist klar. Ebenso einleuchtend
ist es aber auch, daß die Unternehmer den Kampf nicht
wollten. Dafür spricht ihre zögernde Haltung, die sie
lange vor der Aussperrung bekundeten und die sie nur
schwer zu einem Entschlusse kommen ließ. Diese Un-
entschlossenheit war es aber gerade, die den Arbeitern
Mut verlieh, den ihnen hingeworfenen Fehdehandschuh
aufzunehmen. Das war ein Fehler. Die Unter-
nehmer waren so lange im voraus auf die
Möglichkeit eines Kampfes hingewiesen wor-
den, daß sie sich bequem auf ihn einrichten
konnten. Als es ihnen durch ihr den Arbeitern ge-
machtes Angebot nicht gelungen war, den Streit in
den vier Bezugsfabriken zu verhindern, mußten sie
nun auch entschlossen sein, den Kampf mit allen ihnen
zu Gebote stehenden Mitteln zu führen und zu Massen-
aussperrungen zu schreiten, um den Kampf möglichst
schnell zu beenden und sich dadurch vor einer längeren
Betriebsstörung zu schützen. . . . Wir haben zwar den
Kampf nicht bis zu unserer völligen Erschöpfung geführt,
doch nicht mehr langer Zeit hätte es bedurft und diese
Erschöpfung wäre eingetreten. War es klug von uns,
einen solchen Riesenkampf zu wagen? Konnten wir
nach allem, was wir an Unternehmerrückständigkeit in
Crimmitschau wahrnahmen, in Gera weniger Unter-
nehmerrückständigkeit voraussetzen? Ist nicht seit Crim-
mitschau der Zusammenhalt der Unternehmer in ihren
Organisationen ein feinerer geworden? . . . Niemand
wird das alles bestritten können. Und wir ließen uns
auf einen Kampf ein, der, wenn er überhaupt von uns
zu gewinnen war, eine Million hätte kosten können,
wo wir, wenn wir uns nicht ganz von Kampfmitteln
für die nächste Zukunft entlösen wollten, nur den
zehnten Teil auf ihn verwenden konnten? Daß wir
den Kampf mit diesem Betrage nicht gewinnen konnten,
war vorauszu sehen. . . . Weshalb also nahmen wir
den Kampf auf? Weshalb stellten wir den Streit nicht
ein, als die Aussperrung perfekt werden sollte? Nun,
weil die Streikenden es nicht wollten! Mit
diesem „System“ der Kampfführung muß gebrochen
werden. Es ist nicht angängig, daß die „Führer“ nur
die Kämpfer begleiten; sie sollen sie führen, und die
Truppen haben ihnen zu gehorchen und Disziplin zu
bewahren. Von vorherein hätten die Führer
den Massen abraten müssen, das durch die
Aussperrung erweiterte Kampffeld zu betreten;
und wären die Massen von der Pflicht erfüllt gewesen,
Disziplin zu bewahren, wären sie solchen Weisungen
der Führer gewiß nachgekommen. Nun wird zwar
gesagt, der Kampf mußte geführt werden, um dem
organisierten Unternehmertum zu zeigen, daß es nicht
ungestraft jeden Verzicht, Arbeiterforderungen durch einen
Streik geltend zu verdrängen, durch Aussperrungen be-
antworten darf. Ein solches Beweises bedurfte es
für das Unternehmertum aber nicht mehr, der wurde
ihm ja schon durch Crimmitschau erbracht. . . . Unter
solchen Umständen wäre es am Plage gewesen,
den Kampf durch Annahme des Unternehmer-
angebots vor weiterer Ausdehnung zu be-
wahren, als man sah, daß die Unternehmer auch vor
dem Neuzerßen nicht zurückschreckten. Seit Crimmitschau
mußte es unsre Aufgabe sein, einen Kampffonds an-
zusammeln, von dem die Unternehmer wußten, daß er
zur längeren Führung eines ausgedehnten Massenkampfes
ausreichte. Statt dessen schwächten wir aber unsern
Kampffonds durch einen erfolglosen Kampf, dessen
Ausgang vorauszu sehen war. Der Kampf kann
daher auch die Angriffsluft des Unternehmertums
nicht herabgemindert, sondern eher nur
erhöht haben. Wir haben also nicht dem Unter-
nehmertum eine heilsame Lektion erteilt, sondern von
ihm erhalten, also gerade das Gegenteil unsers taktischen
Kampffieles erreicht, ganz davon abgesehen, daß wir
das objektive Kampffiel, die Tarifforderung der Arbeiter,
aufgeben mußten. Suchen wir aus all dem die Lehre
zu ziehen, daß wir bestrahlt sein müssen, alle Schritte
von voransichtlich größerm Umfange in Zukunft zu
vermeiden, bis wir einen Kampffonds angeammelt
haben werden, der uns in den Stand setzen könnte,
solche Kämpfe längere Zeit hindurch zu führen! Das
ist — das hat Crimmitschau und nun wieder auch
Gera gezeigt — das einzige Mittel, dem Unternehmertum
die Luft zu nehmen, uns Massenkämpfe aufzuzwingen.

Man halte dieser Beurteilung von jedenfalls sachkundigster Stelle aus nun folgende Zuschrift an die „Leipziger Volkszeitung“ entgegen:

(Nachdem gesagt worden ist, daß die Arbeiter noch wochenlang hätten Widerstand leisten können und daß trotz der günstiger als bei früheren Kämpfen gelagerten Organisationsverhältnisse das Unternehmertum noch niemals so leichten Kaufes davon gekommen ist wie diesmal, heißt es wörtlich): „Die gänzliche Erfolglosigkeit des eben beendigten Kampfes ist wohl der gänzlich verfehlten Taktik der Leitung des deutschen Textilarbeiterverbandes zuzuschreiben. Nachdem die Unternehmer seit dem Frühjahr, wo ihnen die Textilarbeiter die Forderungen unterbreitet haben, sich so zum Kampfe rüsteten, war alles andere als Optimismus am Platze, vielmehr war vorauszu sehen, daß es zu einem heißen Ringen führen würde. Der Vorstand der Textilarbeiter aber schien eine andre Auffassung von dem Verlaufe der Dinge zu haben, sonst würde er nicht die von ihm befolgte Taktik eingeschlagen haben. Ungeschehen hat der Verbandsvorstand die Macht des Unternehmertums unterschätzt, das wenigstens ist die Auffassung unsrer Kollegen am Orte. Ueber die Niederlage herrscht eine starke Erbitterung. Allenfalls ist man der Meinung, daß der Verbands vorstand nicht die nötigen Schritte bei den anderen Gewerkschaften wegen einer eventuellen Unterstützung rechtzeitig und mit der genügenden Begründung getan hat. Das Vertrauen der Massen zur Organisation schwindet unter diesen Umständen ganz natürlich, und es ist außerordentlich schwierig, sie der Organisation zu erhalten und diese noch zu führen.“

Aus diesen Zeilen ergibt ein Vergleich mit den Ausführungen des Verbandsvorstandes wohl mit erschreckender Deutlichkeit, wie blind mitunter die eignen Verfassgenossen gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen sind und wie stark die Einbildung, daß es nur eines Aufmarsches der Massen bedarf, um die Unternehmer — man denke: die Textilarbeiter, welche den von den ganzen deutschen Arbeiterschaft hervorragenden unterstützten Erntemittlerkampf gewinnen konnten! — niederzuzwingen. Nachdem die Fabrikanten sich seit dem Frühjahr auf den Kampf vorbereitet hatten, soll der Verbandsvorstand deren Macht unterschätzt haben. Die örtlichen Leitungen, welche in einem Atemzuge von den günstigen gewerkschaftlichen Verhältnissen vor und dem kaum möglichen Zusammenhalte nach dem Kampfe reden, hätten hingegen die Macht der Arbeiter unterschätzt! Und dann dieses Verlassen auf die anderen Gewerkschaften, die in diesem Jahre die größten Opfer für die eignen Kämpfe bringen mußten, genügt das nicht auch von einer beispiellosen Verennung richtiger gewerkschaftlicher Taktik? Wie schon die „Metallarbeiterzeitung“ und nach dem Ruhrbergarbeiterstreik auch die „Bergarbeiterzeitung“ geschrieben: Man lasse auf Grund ihrer sorgfältigsten Erwägungen die Gewerkschaften allein entscheiden — natürlich nicht in dem auch von dem „Textilarbeiter“ gerügten Sinne, daß die Entscheidung lediglich in den Händen der Streitenden liegt — und unterlasse es vor allen Dingen, die Arbeiter durch Erzeugung eines falschen Optimismus in einen Massentauel zu versetzen, der gar keine Hindernisse sieht, keine Bedenken gelten lassen will. Die Suppe, welche doch immer nur die Gewerkschaften auszulöffeln haben, könnte sonst einen gar zu salzigen Geschmack bekommen.

Rund 500 Agitationsversammlungen hat der Verband der **Holzarbeiter** in den letzten Wochen in allen Teilen Deutschlands abgehalten, nachdem zuvor ein Flugblatt in über 100000 Exemplaren Verbreitung gefunden hatte. Anfangs November konnte diese Organisation gewissermaßen ihr 25jähriges Jubiläum begehen. Am 9. November 1880 wurde nämlich der Fachverein der Schreiner in Stuttgart gegründet, der den Anstoß zu weiteren dergleichen lokalen Gründungen gab, so daß sich also der Holzarbeiterverband auf dem Stuttgarter Vereine aufbaut.

In der Organisation der **Bergolder** ist die Urabstimmung zugunsten eines Anschlusses an den Holzarbeiterverband ausgefallen. Eine spätere Generalversammlung wird aber erst endgültig diese Frage entscheiden.

Ende Oktober bestand der Verband der **Bäcker** zwanzig Jahre. Den Genossenschaftsbüchertarif haben nur 59 Konsumvereine anerkannt von 173 mit Bäckereibetrieb, die jedoch schon im Juli 1904 gezahlt wurden. Das Resultat der tarifgemeinschaftlichen Erziehung der Konsumvereine ist also nicht weniger wie befriedigend.

Den günstigen Ausgang eines Boykottschadenersatzprozesses hat die Organisation der **Bäcker** zu verzeichnen. Drei Bäckereien in Kiel verlangten zusammen 8199,38 Mark in einer gegen einen Kieler Bäcker, den Vorsitzenden des dortigen Gewerkschaftsrates und die Inhaber der Kieler Bäckereidruckerei anhängig gemachten Klage. Das Kieler Landgericht erkannte den Schadenersatz nur in Höhe von 2000 Mk. an, erließ aber auch eine Verfügung, gegen eine Strafe von 300 Mk. für jeden Fall die betreffende Veröffentlichung zu unterlassen. Das Kieler Oberlandesgericht wies indessen die Kläger ab und legte ihnen die Kosten des Prozesses auf, weil der Boykott ein ebenso legales Kampfmittel sei wie der Streik und die Aussperrung.

Zu einer ähnlichen Angelegenheit bei den **Konditoren** hat das Kieler Oberlandesgericht den gleichen vernünftigen Standpunkt eingenommen, das Reichsgericht aber hat diese einflussreiche Verfügung (welche die Boykottierung eines Unter-

nehmens vereiteln sollte) durch Wiederherstellung des verurteilenden Erkenntnisses des Landgerichtes zu recht bestehend anerkannt, indem es erklärte, der Zentralvorsitzende des Konditorenverbandes habe sich in seinen gegen die betreffende Firma gerichteten Flugblättern einer unerlaubten Schädigung derselben schuldig gemacht. Vergleich mit den Standpunkt des Reichsgerichtes mit dem des Oberlandesgerichtes Kiel, so kann man über diese „Klarheit“ richtigerlich Aufschauungen über den Boykott nur staunen.

Die **Tabakarbeiter** machen auf der ganzen Linie mobil gegen die geplante Tabaksteuer. Die Vorlage bedeutet nichts weniger als den Untergang der gesamten Kleinbetriebe in der Zigarren- und Zigarettenindustrie. Die billige Zigarette und die 5 Pfenniggigarre würden gänzlich verdrängt werden, und es könnten durch diesen Winderlössum 80000 Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos werden. Daraus läßt sich erweisen, von welcher ungeheuren und entsetzlichen Tragweite die Lösung: „Der Tabak muß mehr bluten“, werden kann. Zugleich ist dies aber auch ein Beweis unsrer des öftern ausgesprochenen Ansicht, daß in gewissen Punkten Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Interessen haben; treten doch in diesem Falle die Zigarrenarbeiter sogar für die Erhaltung der Kleinbetriebe ein.

Die zwölfte Generalversammlung der Tabakarbeiterorganisation hat bisher noch nicht Besprechung finden können, weil der dieser Rubrik zugewiesene Raum für andere Sachen notwendig gebraucht wurde. Wir tragen deshalb in Kürze nach, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sich sehr gut bewährt und zur Hebung des Mitgliederstandes beigetragen hat. Zimmerlein sind aber von 150000 Tabakarbeitern erst kaum 30000 organisiert. Mit dem Sortiererverband soll die Verschmelzungsfrage künftig intensiver erörtert werden. v. Elm erklärte, es seien noch zu viele Verschobenheiten vorhanden, so auch die sozialdemokratische Parteipolitik der Tabakarbeiterorganisation, mit der der Sortiererverband nichts zu tun habe. Dieser Standpunkt wurde von Geyer (Tabakarbeiterverband) heftig bekämpft. Gegen die Hausarbeit wurden die alten Beschäftigten erneuert; an die Zentralleitung der Konsumvereine wurde das Eruchen um Zulassung zu den Verbandstagen der Konsumvereine gerichtet, um dort die Wünsche der Tabakarbeiter vorbringen zu können. Nach Maßgabe der vorhandenen Mittel sollen in Zukunft besoldete Gauleiter angestellt werden, der Beitrag wurde um 5 Pf. erhöht.

Zu der Organisation der **Handschuhmacher** ist noch ein Brauch vorhanden, der einfach befremdend muß. Die Verbandsbeamten werden wohl auf die Dauer von drei Jahren gewählt, auf Antrag eines Zehntels aller Mitglieder kann jedoch während dieser Zeit die Vertrauensfrage gegen einen Beamteten gestellt werden. Entschieden die absolute Mehrheit gegen den Betroffenen, so hat er sein Amt niederzulegen. Der genügend starke Ortsverein Halberstadt hatte nun nach dem unglücklichen Ausgange des Halberstädter Streiks dieses Mittel gegen den Verbandsvorsitzenden in Anwendung bringen, denselben also persönlich für das unbefriedigende Ergebnis verantwortlich machen wollen. Es ist zwar doch noch von der Urabstimmung Abstand genommen worden, der Vorfall zeigt aber, daß solche Bestimmungen einfach absurd sind, denn in den meisten Fällen ist wohl die Verantwortlichkeit der örtlichen Leiter eine weit größere. Da diese aber größtenteils nicht angestellt, müßte lösgewerke auf jeden Mißerfolg die Strafe des Ausschlusses der lokalen Führer stehen; das wäre doch dann ausgleichend „Gerechtigkeit“.

In den Organisationen der **Banarbeiter** zirkuliert eine Petition an den Reichstag, worin derselbe ersucht wird, dem von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Banarbeiterchutzgesetz seine Zustimmung zu geben. (Schluß folgt.)

Ueberstunden.

Weihnachten, das Fest der Liebe, steht vor der Tür! Wir Buchdrucker stehen in der Hochsaison, und trotzdem bewillern Hunderte unserer arbeitslosen Kollegen die Landstraße oder liegen konditionslos am Orte. Wir kennen die Opferwilligkeit des Verbandes und der Verbandskollegen für die Berufsangehörigen wie auch für alle anderen Arbeiterkategorien, aber trotzdem appellieren wir an unsere arbeitenden Kollegen, alles beizutragen, um diesen armen Opfern der modernen technischen Entwicklung des Berufes und der Ueberfüllung desselben Arbeitsgelegenheit zu verschaffen.

Das kann geschehen, indem wir ganz energisch das Ueberstundenwesen bekämpfen. Es mag ja der Fall manchmal eintreten, daß einzelne Ueberstunden an gewissen Tagen nicht zu vermeiden sind; wenn sich dieselben aber so häufen, daß an mehreren oder allen Tagen der Woche — wie häufig bei den Maschinenmeistern — und schließlich auch Sonntags in großen Druckereien das ganze Personal von den Maschinensevern bis zum ersten Abzweiger arbeitet, so ist das unverantwortlich, besonders wenn in dieser Zeit noch Kündigungen vorgenommen werden.

Die Forderung der Vermeidung von Ueberstunden ist um so mehr berechtigt, als dieselben zum überaus größten Teile Kollegen machen, die jahraus jahrein in Kondition stehen; diese also ihren existenz- und heimatlosen Berufs kollegen in kurzfristiger Weise oder aus egoistischem Triebe die Arbeitsgelegenheit wegnehmen. Unter solchen Verhältnissen wäre es doch Pflicht der ganzen Kollegenchaft,

regelmäßige Ueberstunden einmütig zu verweigern im Interesse der Arbeitslosen und des Verbandes.

Eine große Anzahl Kollegen könnte dadurch zeitweise untergebracht werden und sich als Menschen fühlen sowie mit neuen Hoffnungen teilnehmen am Feste der Liebe. Daß Ueberstunden nicht im Interesse des Geschäftes liegen, sollte jeder rationell arbeitende Prinzipal oder Geschäftsführer wissen. Ist das nicht der Fall, dann ist es sittliche Pflicht der Geschlossenheit, die Geschäftsleitung auf die richtigen Wege zu leiten.

Flauen. Martin Oswald.

Korrespondenzen.

Barmen. Am 3. Dezember hatte sich eine Schar Kollegen zusammengefunden, um die Buchdruckerei Martien & Grittel in Elberfeld zu besichtigen. Vor allem galt es, die Anlageapparate in Betrieb zu setzen, wozu die Firma die Maschinen in Gang setzen ließ. Von dort Besichtigten wurden die Apparate näher erläutert. Welches Interesse die Maschinenmeister an dergleichen Veranstaltungen haben, zeigte die Zahl der Teilnehmer. Der Firma sei auch der Dank an dieser Stelle ausgesprochen.

Berlin. (Aus der Vereinsversammlung vom 29. November.) Zum ersten resp. zweiten Vorkamer wurden die altbewährten Kollegen Franz Stolle und Hugo Westek gewählt. Dann erfolgten die Aufstellungen von Kandidaten für den Vorstand: Erster Vorsitzender Albert Massini; zweiter Vorsitzender Albert Wachs; als Schriftführer Rud. Albrecht, Paul Ranswig, Rich. Klisch, Paul Schulz und Max Thiele; als Beisitzer Georg Müller (Korr.), Robert Braun (Masch.-Sever), Wöblius (Sever), die Drucker Franz Kiel, Friedr. Schaaf und Paul Strauch, Joh. Steffen (G.), Pollinger (Str.). Eine längere Debatte zeitigte der als Punkt 3 auf der Tagesordnung stehende Antrag auf Geldbewilligung: „Zu Inbetracht der hohen Lebensmittelpreise sind die Arbeitslosen eine einmalige Unterstützung von mindestens 5 Mk. zu bewilligen“. Der Vorstand war über diesen Antrag hinausgegangen und schlug der Versammlung vor, denjenigen, die mindestens 13 Wochenbeiträge in Berlin geleistet haben, bis zu 100 Beiträgen je 5 Mk., und denjenigen, die über 100 Beiträge in Berlin geleistet haben, je 10 Mk., als einmalige Extrazustützung zu gewähren. Die Unterstützung soll allen Kollegen zuteil werden, die in der Woche vom 27. November bis 2. Dezember konditionslos sind. Nach Ablehnung aller übrigen zu diesem Punkte gestellten Anträge wurde der Antrag des Vorstandes mit großer Mehrheit angenommen. Zum Stiftungsfeste wurden allen konditionslosen sowie den durchreisenden Kollegen je 3 Mk. bewilligt. Unter Vereinsmitteilungen wies der Vorsitzende zunächst die Beschlüsse zurück, die in einem Artikel der „Solidarität“ gegen den Verein der Berliner Maschinenmeister und in zweiter Linie gegen den Gauvorstand erhoben sind. Von dem, was über den Fall Hempel vor einigen Wochen im „Corr.“ berichtet wurde, sei kein Wort zurückzunehmen. Bedauerlich sei es, wenn in einem Artikel solche den Tatsachen widersprechende Behauptungen aufgestellt werden, während die Parteien in wiederholten Sitzungen bemüht sind, eine Grundlage zu finden, auf welcher ein erprobliches Hand in Hand arbeiten der beiden Arbeiterkategorien möglich sei. In der letzten Sitzung des Gauvorstandes mit den Vorsitzenden der Maschinenmeister und der Hilfsarbeiter wurden hinsichtlich der Anlageapparate Abmachungen getroffen, nach denen bei allen vorkommenden Differenzen die Hilfsarbeiter sich mit dem Gauvorstand in Verbindung setzen und andererseits ihre Bereitwilligkeit erklären, wo es sich für die Maschinenmeister um Durchführung des Einmaschinen Systems handelt. Sodann wies der Vorsitzende auf den Ministerialerlass hin betr. die Verlegung des Fachschulunterrichtes in die Tagesstunden und wie einzelne Handwerkskammern empfohlen haben, diese Maßregel durch eine Verlängerung der Lehrzeit auszugleichen. Geheißlich sei festgelegt, daß die Lehrzeit über vier Jahre nicht ausgedehnt werden darf. Die Berliner Buchdruckereimung und die „Freie Vereinigung der Berliner Prinzipale“ haben sich vor einiger Zeit aufgelöst und den „Verein der Berliner Buchdruckereibesitzer“ gebildet. Vorsitzender ist Herr Direktor Balz. Wichtig für die Organisation ist die Auslegung des Erpressungsparagraphen durch einen Reichsgerichtsentcheid, auf welchen der „Corr.“ bereits eingegangen ist. Es zeige sich hier mit ekklatanter Deutlichkeit, wie vorichtig die Kollegen sein müssen denjenigen gegenüber, welche beim Ausbruche von Konflikten unserer Organisation noch fernsehen. Die Buchdruckerei Fuß ist aus dem Tarifverzeichnis gestrichen worden; dort konditionieren acht Gutenbergsänger und ein Mitglied. Diese Firma suchte hauptsächlich von außerhalb Kräfte heranzuziehen. Der jetzige Rechnungsmodus war ihr zu teuer und suchte sie einen solchen nach Quadratmeter einzuführen. Auf das Vorgehen der Berliner Kollegenchaft betreffs Gewährung von Feuerungszulagen haben 88 Firmen eine solche an 1413 Kollegen bewilligt, und zwar drei Firmen an 51 Gehilfen eine einmalige Unterstützung von 10 bis 25 Mk., 18 Firmen an 117 Gehilfen monatliche Zulagen im allgemeinen von 3 bis 4 Mk. auf die Dauer von drei bis vier Monaten, dauernde Zulagen von je 1 Mk. wöchentlich 39 Firmen an 496 Gehilfen und 28 Firmen haben an 749 Gehilfen dauernde Zulagen gewährt von unter 1 Mk. und darüber. Außer den vorstehenden 88 Firmen haben noch ferner die Firmen Steuer & Co. wie auch Dr. Seydel & Co. (Zuhaber Wundenberger) dem gesamten Personal Zulagen von je 1 Mk.

und darüber bewilligt. In der Hausdruckerei der Sieberei Verthold hat nur ein Kollege eine Zulage erhalten, während die übrigen Löhne über 30 Mk. bezogen. Eine längere Aussprache zeitigte die Anfrage, ob denjenigen Kollegen, welche vom Arbeitsnachweise eine stundenweise Kondition nachgewiesen wird, für diesen Tag die Arbeitslosenunterstützung entzogen wird. Der Geschäftvertreter Giesecke erklärte, daß ihm von derartigen Fällen sofort Mitteilung zu machen sei, er werde dann energisch für Abhilfe sorgen. Zu Beginn der Versammlung wurde in der üblichen Weise durch Erlesen von den Eigenen geehrt das Andenken der verstorbenen Kollegen: Seher Richard Döring, Seher Josef Klar und Seher Albert Treize. Ausgetreten Seher Paul Staben. In die Reihe der Jubilaren getreten: Seher Hermann Daubig und Stereotypenruge Stoffte.

Delnsitz i. B. Endlich ist auch wieder einmal aus unserm Orte zu berichten, und zwar etwas recht Erfreuliches: Am 2. Dezember fand sich die hiesige Mitgliedschaft zusammen, um das 25-jährige Verbandsjubiläum ihres Kollegen Gustav Egerland zu feiern. Mit Schärfer Sonntagsglück, geungen vom Gesangsvereine „Konfordia“ = Delnsitz unter der Leitung seines eifrigen Dirigenten Herrn Konzertmeisters Stallrecht, wurde der Abend eröffnet. Nachdem der Vertrauensmann herzliche Begrüßungsworte gesprochen, erfolgte seitens des Gauvorstehers Stoy u. unter warmen, ganz besonders anerkenntniss- und ehrenden Worten die Uebergabe eines vom Gau gestifteten Diploms. Hierauf überreichte noch der Vertrauensmann der hiesigen Mitgliedschaft dem Jubilare eine silberne Remontuhr als Zeichen der Verehrung. Gerührt dankte der Jubilar. Am folgenden Mittwochabend sowie vom hiesigen Gesangsvereine „Konfordia“ gut vorgetragene Lieder und heitere Vorträge in bunter Reihenfolge. Aber noch eine Ueberraschung wurde uns bereitet durch das unerwartete Erscheinen einiger Plauenscher Kollegen, welche dem Jubilare die herzlichsten Glückwünsche des Ortsvereins Plauen überbrachten. Jedenfalls ein Zeichen, welche großer Beliebtheit sich der Jubilar auch bei anderen Kollegen erfreut. Nachdem auch die Plauenschen Kollegen Mitglieder des dortigen Gesangsvereins „Gutenberg“ und durch Gesang erfreuten und so mit zum Gelingen des Festes beitrugen, ergriff nochmals Kollege Stoy das Wort zu längerer, jähwungvoller, beifällig aufgenommener Rede. Daß es jedem Kollegen gefiel bei dieser seltenen Feier beweist, daß die letzten sich erst um 5 Uhr früh auf die Beine machten, um feinsgondeln. Die Musik für den Abend spielte die Familie Gottsmann aus Voigtsberg zu allseitiger Zufriedenheit.

P. Hattenburg Dfpr. Nachdem in den letzten Jahren am hiesigen Orte die Gesellen an Zahl stetig zugenommen und bis auf einen Gutenberghändler sämtlich dem Verbands angehören, fand man allerseits das Bedürfnis, hierorts einen Ortsverein zu gründen. Von seiten des Gauvorstandes wurde dieser Wunsch gutgeheißen und so fanden sich denn auch sämtliche Verbandskollegen am 3. Dezember zur Gründungsfeier zusammen. Aus Königsberg waren der Gauvorsteher und der Gaukassierer Wittenberg erschienen. Nachdem das Statut durchgesehen, wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Ein gemittelter Schoppen hielt die Mitglieder noch recht lange beisammen und wurden zwei von den beiden erschienenen Gauvorstandsmitgliedern in freundlicher Weise gewidmete Lieder gesungen. Da der neugegründete Verein später eine Bücherei einzurichten gedenkt, so treten wir jetzt schon an größere Ortsvereine mit der Bitte heran, uns doppelt vertretene Bücher gefälligst überzenden zu wollen.

W. Stuttgart. (Württembergischer Korrektorenverein.) In der Versammlung vom 2. Dezember konnten wiederum drei Neuantritte vollzogen werden, so daß der Mitgliederstand sich jetzt auf 41 beläuft. Wenn auch nicht, wie es im Interesse der Sache zu wünschen gewesen wäre, sämtliche der in Betracht kommenden Kollegen dem neuerlich an sie ergangenen Wahrspruch Folge geleistet hätten, so dürfte es doch der unabhägigen Agitationsarbeit des Vereins mit der Zeit gelingen, auch diejenigen aufzurufen, die es noch nicht über sich gewinnen konnten, an die Seite ihrer Kollegen zu treten in einer Zeit, welche die tätige Mitarbeit jedes einzelnen erfordert. Nachdem der Vorsitzende in den Vereinmitteilungen u. a. darauf hingewiesen hatte, was den österreichischen und ungarischen Korrektoren die abgeschlossenen Tarifberatungen gebracht haben, hielt Kollege Bobmüller einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Recht und Billigkeit in der Bewertung der Tätigkeit des Korrektors“. Er konstatierte dabei unter Bezugnahme auf verschiedene Veröffentlichungen in der fachtechnischen Literatur die allgemein herrschende Uebereinstimmung darüber, daß als wesentliche Vorbedingung für das gute Renommee einer Druckerei nicht nur die typographisch einwandfreie, sondern auch durchaus korrekte Herstellung ihrer Erzeugnisse angesehen werden müsse, daß diese aber keineswegs mit der nur allgäu häufig bestellten Unterschätzung der Tätigkeit des Korrektors verträglich. Der Redner schloß mit der Anwendung: hinein in die Korrektorenorganisation! Die darauf folgende Besprechung der Leipziger Anträge zum Korrektorenkongress ergab Uebereinstimmung mit ihnen bis auf wenige Punkte, die bereits in den vom Württembergischen Korrektorenvereine gestellten Anträgen in etwas abweichender Form behandelt sind. Den Schluß der anregend verlaufenen Versammlung bildete wie immer die Besprechung technischer Angelegenheiten.

Wiesbaden. Unre auf den 2. Dezember einberufene Monatsversammlung war derart schlecht besetzt, daß bei deren Eröffnung der Vorsitzende Bachert seinem Bedauern hierüber Ausdruck geben mußte. Wenn trotz allem Mühsens und trotz gewandter Ausföhrung seiner ihm übertragenen Obliegenheiten dem Vorstände gegenüber eine solche Zurechtweisung an den Tag gelegt wird, wie sie der schlechte Versammlungsbesuch dokumentierte, braucht man sich wahrlich nicht zu wundern, wenn noch so vieles im argen liegt, worüber man wohl sehr gut zu räsonnieren versteht, aber sich nicht um Abhilfe bemüht. Gerade jetzt, wo wir dem Zeitpunkte der Tarifverhandlungen entgegensehen, wo so vieles besprochen, vorbereitet und erledigt werden muß, muß der Vorstand durch vollzähliges Erscheinen, durch Mitraten und -statten seitens jedes einzelnen unterstützt werden. Das kann und darf er von den Mitgliedern verlangen; denn so gut, wie diese von dem Vorstände peinlichste Pflidterfüllung fordern, ebenso gut haben die Mitglieder diesem gegenüber ihrer Pflidit zu genügen. Nachdem das Protokoll der letzten Bezirksversammlung genehmigt, teilte der Vorsitzende mit, daß der Druckort Lingen mit dem Einverständnis der interessierten Gauvorstände nunmehr dem Bezirke Frankfurt a. M. überwiesen sei. Ausführlichen Bericht erstattete Johann Kollege Holzhäuser über die Tätigkeit des Gewerkschaftsrates Wiesbaden. Eine Eingabe an den Magistrat, den ortsüblichen Tagelohn von 2,70 Mk. auf 3,40 Mk. zu erhöhen, harrt bis dato noch seiner Erledigung. Die Errichtung eines Kreisgewerbegerichtes paßt dem Magistrat ebenfalls nicht in den Kram; er verhält sich in dieser Sache bis jetzt auch immer noch ablehnend. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Holzhäuser für seinen präzis erstatteten Bericht. Am ersten Weihnachtstagesfeier wird vom Bezirksvereine eine Weihnachtsfeier veranstaltet. Einen Bericht über die an unsere Prinzipale gerichtete Eingabe zwecks Bewilligung einer Teuerungszulage können wir erst später erstatten, da noch ein Teil Antworten aussteht. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Der „letzten Antwort“ ein letztes Wort.

Der „Eine letzte Antwort“ überschriebene Artikel des Herrn Weber in Nr. 141 des „Corr.“ bringt statt der vermeintlichen Antwort nur einen kläglichen Rückzug. Herr Weber verlegt sich jetzt aufs „Kapitulieren“: mit dieser Kapitulation verzieht er nach bekanntem Muster das Streitothek und übt die Rolle desjenigen, der aus sicherer Entfernung seinem Gegner eine „lange Nase“ zieht. Es ist dies aber keine Kapitulation, sondern ein regelrechtes Kapitulieren unter erschweren Umständen. Es wurde Herrn Weber zum Vorwurfe gemacht: 1. daß er durch sein jetziges Verhalten deutlich zeigt, daß sein Auftreten in den Versammlungen nur Phrasen war: 2. daß er durch sein für ihn so blamables Urteil über die Leistungen der Wachsmannsche nur die oberflächlichsten Kenntnisse verriet, dafür aber um so mehr Antreiberalüren befandete, die sogar von der Geschäftsleitung als Ungehörigkeit bezeichnet wurden; und 3. daß in der Druckerverammlung, die sich mit seiner Person befaßte, sich nicht ein einziger Kollege auf seine Seite stellte. Diesen Feststellungen weicht Herr Weber aus und damit ist seine „Unschuld“ bewiesen! Weitere Auslassungen in dieser Angelegenheit werde er im „Corr.“ nicht mehr beantworten, da die Ausspinnung der persönlichen Anzuspinnungen nicht im Interesse der Organisation liegt. Für uns war diese „persönliche Anzuspinnung“ eine erste Notwendigkeit, Herr Weber, um weiteren Gelesten, sich „oben“ als „Kollege Unentbehrlich“ zu zeigen, die Spitze zu bieten.

Als Feind jeder persönlichen Anzuspinnung bringt Herr Weber meine „Tätigkeit im Zentralvorstande“ zur Erörterung. Hiermit fängt Herr Weber wirklich an, unschuldig zu werden.

Zur Ausübung dieser „meiner Tätigkeit im Zentralvorstande“ waren mir beinahe alle paar Kollegen adhartiert — ich glaube, es waren die Kollegen Böblin, Essler und Meyer —, außerdem noch drei zum Dabeisitzen. In allen Fragen der Taktik und sonst zu treffenden Maßnahmen wurde immer darauf gesehen, daß wenn einmal unsere Anschauungen auseinandergingen, wir durch gegenseitige Konzessionen schließlich doch ein einheitliches Handeln herbeiföhrten. Da aber alle anderen Kollegen keine Verantwortung zu tragen hatten, so unterstand natürlich nur „meine Tätigkeit im Zentralvorstande“ der Kritik der Berliner Vereinsversammlung. Diese Tätigkeit wurde geprüft und — ich würde a. D. gestellt. Die anderen Besitzer zwar auch, aber — — —

Das wäre so ungefähr die Konsequenz der jammervollen Weberischen Logik, die nicht einmal so weit reicht, als die Kluft mit dem Schwanz schlägt. Und diese Weisheit soll die angebliche Qualifikation zum „Beantwortlichen“ darstellen!

Weiß denn aber Herr Weber wirklich nicht, daß auch in Dresden die Taktik resp. „meine Tätigkeit im Zentralvorstande“ geprüft wurde? Und das Resultat? Nun, Herr Weber befand sich dort in der Rolle des Bekannten Lohgerbers, dem die Felle weggeschwommen!

Das Wts an die Geschäftsleitung, daß ich in der Vereinsversammlung die Druckerei „Vorwärts“ aufs schärfste angegriffen, soll doch nur einen gewissen Zweck verfolgen, nicht wahr, Herr Weber? Doch dieses Bemühen ist unnötig, da doch die Geschäftsleitung in der Druckerverammlung, die sich mit dieser Sache befaßte,

selbst anwesend war. Auch in der „Vorwärts“-Druckerei begehde ich nicht das Rechte, das anzupfehlen, was ich für verbesserungsbedürftig halte. Herr Weber hatte hier allerdings in entgegengekehrter Richtung gehandelt! Und darum war sein früheres Verhalten — Phrasen! Berlin. Paul Muffial.

Rundschau.

Konditionsangebote nach dem Auslande sind gegenwärtig mit größter Vorsicht zu behandeln. Es erscheint zwar in regelmäßigen Zwischenräumen eine Bekanntmachung uners Zentralvorstandes im „Corr.“, daß bei jedem Angebote nach auswärts die vorherige Erkundigung bei den Verbandsfunktionären, ob einer Konditionsannahme in der betreffenden Druckerei irgendwelche Bedenken entgegenstehen, unbedingte Pflidit jedes Mitgliedes ist, aber leider haben solche Publikationen nur zu häufig den Wert geschwätzten Papierses. Wenn wir uns nun in besonderer Form an die deutsche Kollegenschaft wenden, so zwingen die von den Kronlandsvereinen in Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg und dem Schweizerischen Typographenbunde bezüglich der Sektion Karau erlassenen Warnungen vor Konditionsannahme nach dort dazu, wie weiter auch die Bitte der Schriftgießerei in Petersburg, den Zugang nach den Siebereien von H. Verthold und Lehmann dajelbst fernzuhalten. Wie die tarifgegnerischen Prinzipale in Karau ihre Neke in allen größeren Städten auslegen (in Leipzig besorgt die Kreiswillkigewermittlung die Buchhandlung von Hermann Schulze), so werden auch die renitenten Prinzipale in den genannten österröichischen Kronländern usw. nichts unversucht lassen, um die bekannten willigen und billigen Arbeitskräfte zu erhalten. Diese Absichten zu vereiteln, ist eine Ehrenpflidit für die deutschen Kollegen. Wir erfüllen sie am besten, wenn wir den Mahnruf, derartige Angebote einfach zurückzuweisen, auch in den kleinlein Druckort dringen lassen.

Die Firma Eichstädt in Schneidemühl betreffend, welche in einem in Nr. 132 des „Corr.“ enthaltenen Berichtes von einer dort abgehaltenen Bezirksversammlung wenig vorteilhaft kritisiert wurde, erhalten wir von einem Angestellten jener Firma eine lange Erwiderung, deren Sinn ist, daß die Verhältnisse nicht so schlecht seien, als nach jenem Berichte geschlußfolgert werden könne. Gebauert wird in der Zuzuföhr allerdings auch, daß bei sieben (nicht vier) Gehilfen elf Lehrlinge vorhanden seien, doch sei die Bezahlung tarifmäßig. Wir können der Firma E. nur raten, streng tarifmäßige Verhältnisse einzuföhren, dann wird auch die ihr unangenehme Kritik im „Corr.“ verstummen.

Helf, was helfen mag!, denkt sicher der „Typ.“, der sich so gern in die Loga des Anstandes und der Friedfertigkeit hüllt und sich mit „wahrer Kollegialität“ und „echter Solidarität“ umgürtet, und so angetan selbstgefällig wie ein Pfau in seinem falschen Gesieder einherstolzelt. Er probiert es jetzt mit der Abschreckungstheorie, indem er kürzlich einen Artikel „Totensonntag“ brachte, worin er alle Schreden an die Wand malte, die jene bedrohen, welche dem bündelischen Brandstiftung den Rücken lehren. Nachdem der „Erzähler“ vorher eine Stimmung a la „Der Müller und sein Kind“ erzeugt dadurch, daß er die Trauer der Angehörigen um ihre Lieben, der Weifen um die Eltern, des Bräutigams um die Braut schildert, läßt er als Hauptbild die Frau eines Verbandskollegen erscheinen, „der Not und Glend den Stempel aufgedrückt, mit drei Kindern in dünnen, sadenscheinigen Kleidern“; „fröselnd und weinend drängen sich die Kinder an die Mutter, auch aus ihren Augen blüht das graue Glend — Hunger ist ihr täglicher Gast“. Den betrauten Ernährer hatten „fortwährende Schikanen, Verlockungen und süße Versprechungen wandend gemacht“ und veranlaßt, zum Verbands zu gehen, wo er vor seiner Bezugsberechtigung — vielleicht auf Betreiben der Bänder! — konditionslos und später krank geworden, nachdem alles „ins Vesamt gewandert“, ohne eine Extrazustützung erhalten zu haben, aus Neue dem Bunde den Rücken gekehrt und so die Familie mit ins Glend geriffen zu haben“, den erdichteten Tod fand. So harmlos diese Schilderung an sich erscheinen möchte, so verurteilenswert und verwerflich ist ihr Zweck und ihre Tendenz. Selbst ein Teil dieser rührseligen Geschichte als wahr angenommen, würde doch die ganze Schwere des Vorwurfs nur die Gesellschaft treffen, als deren Stützen sich diese „nützlichen Elemente“ so gern gerieren, da der Verband so wenig wie der Bund eine Armenkassa ist, und genau so wie dieser nur auf Grund bestehender Rechte statutgemäße Unterstützungen gewähren kann. Außerdem ist aber die Opferwilligkeit des Verbandes über aller Kritik des „Typ.“ erhaben. Bei dieser Gelegenheit fällt uns als Pendant gerade ein, daß ein „berühmter“, abgefallener Funktionär des Bundes an ein Gesuch eines ausgesetzten Familienwaters um eine außerordentliche Unterstützung in acht bündlerischer Nächstenliebe die horrende „Summe“ von einer deutschen Reichsmark auf Ortsvereinslasten beantragte. Kommentar überflüssig! Und was gewährt der Bund an Verbandsmitgliedern, die — selbst die Unwahrscheinlichkeit vorausgesetzt — „ihre sauer erworbenen Rechte aufgeben“, wie verhindert er, daß nicht sie und ihre Familie „der Not und dem Glend preisgegeben“ sind? So wird an alles, was den Menschen in seinem tiefsten Innern bewegt, strupellos appelliert: an die geheimsten Instinkte wie die bestigsten Empfindungen!

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 144. — Donnerstag den 14. Dezember 1905.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Gerade darin offenbart sich aber aufs neue wieder die ganze sittliche Klumpheit dieser Art Menschen, deren Gesinnung sich von selbst richtet.

Wertwürdige Voraussetzungen für die Beschäftigung in der Reichsdruckerei werden wieder einmal in der Öffentlichkeit bekannt. In den letzten Tagen benötigte diese staatliche Anstalt mehrere Buchdruckergehilfen und nahm zu deren Vermittelung den Berliner paritätischen Nachweis in Anspruch. Die erste Bedingung war, daß im Alter unter 23 und über 30 Jahre niemand eingestellt wird. Ein staatliches Musterinstitut beansprucht also nur Arbeiter in den kräftigsten Lebensjahren, den vermeintlich weniger routinierteren sowie den im höheren Alter stehenden überläßt es großmütig der Privatindustrie. Daß der Vater Staat seine Söhne frühzeitig und auch über das 35. Lebensjahr hinaus als Kanonensutter gebrauchen kann, geniert in seinem Widerspruch weiter nicht. Damit ist die Reihe der Erfordernisse aber keineswegs erschöpft. Verlangt wurde nämlich noch, am Tage des Eintrittes folgende Ausweis-papiere mitzubringen: Geburtsurkunde, Krankenbogenbuch, Invalidenkarte sowie sämtliche Aufrechnungsbescheinigungen, Militärpapiere, Zeugnis, Zeugnis über Führung und Leistungen in der letzten Arbeitsstelle und ein polizeiliches Führungszeugnis. Das schönste daran ist nun, daß am 6. Dezember die Gehilfen verlangt wurden, am 7. Dezember aber die Unmenge von Ausweisen, die zum Teile ganz ungebrauchlich in unserm Berufe sind, beim Eintritt bereits mitgebracht werden sollten.

Die Lehrlingsmishandlung ist ein direkter materieller Vorteil für die Geschäftswelt, das ist der Standpunkt, welchen die Breslauer Handelskammer in der Frage der gesetzlichen Anerkennung der tariflichen Lehrlingskassa eingenommen hat. Dieses einzigartige Gutachten lautet in seinen Hauptzügen: „Die Beschränkung der Zahl der Lehrlinge in den einzelnen Druckereien und die Aufstellung einer Lehrlingskassa etwa nach dem deutschen Buchdruckertarife sei nicht zu befürworten. Denn vielen Druckereien sei es durch die Zahl der Lehrlinge eben unmöglich, Druckarbeiten billig herzustellen, wodurch der Handelsstand einen direkten materiellen Vorteil bei Beschaffung der ihm nötigen Geschäftsdruckfachen, Formulare usw. hätte. Die gesetzliche Regelung, d. i. Verminderung der Lehrlingszahl, würde also durch Einstellung teurer Arbeitskräfte umgekehrt einen Aufschlag der Druckpreise erforderlich.“ Die Breslauer Handelskammer sollten unter die Anarchisten gehen, da können sie mit ihrer sozialen Weisheit vielleicht noch Furore machen.

Die viel Staub aufwirbelnde Frage, ob größere und mittlere Buchdruckereien als fabrikmäßige oder handwerksmäßige Betriebe anzusehen sind, ist jetzt in letzter Instanz durch den Regierungspräsidenten in Hannover zugunsten der Petenten entschieden worden. Die Kollektivbeschwerde des Prinzipalvereins vom 13. September 1904 gegen die Magistratsverfügung vom 8. September 1904 wegen unterlassener Anmeldung der Lehrlinge zur Lehrlingsrolle der Handwerkskammer ist nämlich vom Regierungspräsidenten dahin beantwortet worden, daß auf Grund der angefallenen Ermittlungen und in Anwendung der in der Rechtsprechung des Reichsgerichtes festgestellten und auch in der Beschwerde angeführten Gesichtspunkte derselben stattgegeben worden sei und somit die Magistratsverfügung als aufgehoben angesehen werden könne. Weitere zehn kleinere Betriebe, in welchen die Inhaber zeitweilig selbst den Bötzen in die Hand nehmen oder die Maschine bedienen, sowie einige Papierhandlungen mit Buchdruckerei als Nebenbetrieb sind als handwerksmäßige Betriebe angesehen worden und damit der Handwerkskammer gegenüber als betragspflichtig erkannt.

Von einem größeren Brandschaden wurde die Leupoldische Druckerei in Königsberg i. Pr. heimgeschickt. Fertige Druckfächer im Werte von mehreren Tausend Mark, ein großer Papiervorrat, Maschinen und sonstige Materialien fielen den Flammen zum Opfer. Der in einer andern Etage befindliche Sezerjaal wurde nur wenig beschädigt.

Dem in der vorausgegangenen Nummer gebrachten Ausgange über den Prozeß gegen den Geschäftsführer des Connewitzer Konsumvereins ist noch nachzutragen, daß von der Strafe (ein Jahr und zwei Monate Gefängnis) neun Monate für die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung kommen. Vot wurde auch sofort auf freien Fuß gesetzt. Da der Schlußakt der Connewitzer Affäre in der Hauptsache die Bedeutung hat, daß die Genossenschaftsbewegung die sehr eindringlichen Lehren sich daraus zunutze macht, so wird im Schlußartikel der laufenden Genossenschaftsübersicht und nicht an dieser Stelle der Fall Vot sein Schlußwort finden.

Konturverfälschung: Schriftgießereibesitzer Friedrich Kirchmeyer in Augsburg.

Sozialpolitische Anträge sind außer den in der vorigen Nummer aufgeführten noch eine ganze Reihe

beim Reichstage eingegangen. Die Freisinnige Vereinigung fordert Beseitigung der landesgesetzlichen Beschränkungen des Vereinsrechtes für Frauen durch ein Reichsgesetz. Freisinnige Volkspartei und Deutsche Volkspartei verlangen Tagelöhner für Schöffen und Geschworene. Auch die Nationalliberalen haben sich aufgerafft, um der Welt zu zeigen, daß ihr soziales Verständnis doch noch nicht völlig eingetrocknet ist. Sie beantragen nämlich eine Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes von Reichs wegen, ein Reichsarbeitsamt und Reichsarbeitskammern, Regelung der Rechtsverhältnisse der Gehilfen von Rechtsanwältinnen und Kassendirektoren sowie die der technischen Beamten. Die größte Partei im Reichstage hat nach der „Sozialen Praxis“ folgenden Wunschzettel unterbreitet: Das Zentrum verlangt ein Gesetz, wodurch die Geschworenen und Schöffen außer Reiseentschädigung auch eine Vergütung für die Zeiterfüllung auf Landeskosten erhalten sollen. Ein Antrag fordert die Ausdehnung der obligatorischen Kranken- und Invalidenversicherung mit höheren Beiträgen der Arbeitgeber. Weiter brachte es den im vorigen Frühjahr zurückgezogenen Vergesekentwurf sowie einen Gesekentwurf über die gewerbliche Sonntagsruhe, der den Arbeitern an Sonn- und Festtagen 36 Stunden Ruhezeit, an zwei aufeinander folgenden Festtagen 60 Stunden sichert und an solchen Tagen die Arbeitszeit der Handlungsgehilfen, Lehrlinge und Arbeiter auf höchstens zwei Stunden beschränkt. Weiter einen Gesekentwurf, betreffend baldigste Regelung der Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter über 16 Jahre in Fabriken bis zu höchstens zehn Stunden, desgleichen der Arbeiterinnen, die das Hauswesen zu besorgen haben, in Fabriken bis zu höchstens neun Stunden. Ferner einen besonders Abschnitt der Gewerbeordnung über die Hausindustrie und Heimarbeit mit ausreichenden Schutzbestimmungen, Festlegung der Registrierpflicht, Lohnbücher und besonders Aufsicht. Sodann einen Gesekentwurf betreffend Sicherung und Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften. Endlich wird ein Gesekentwurf verlangt, der die öffentlich-rechtliche Seite des Vereins- und Versammlungsrechtes in freierlichem Sinne regelt und hierbei insbesondere auch den Frauen die Teilnahme an sozialpolitischen Bestrebungen in Vereinen und Versammlungen unter Aushebung der bestehenden landesrechtlichen Einschränkungen gestattet. — Damit ist jedoch die Reihe dieser Art Anträge noch nicht erschöpft. Wer das politische Leben einigermaßen verfolgt, wird merken, daß sich unter den aufgegriffenen viele alte Bekannte vorfinden. Der Wissende wird aber auch darüber sich klar sein, daß diese Anträge mehr oder weniger nur als Schaustücke der betreffenden Parteien zu betrachten sind. Wenn z. B. das Zentrum wirklich wollte, wäre mancher von seinen Anträgen schon Gesetz.

Eine Maschinenfabrik ist, wie wir unlängst berichteten, in der Schweiz errichtet worden. Die „Zeitschrift“ erfährt nun von ihrem Pariser Korrespondenten, daß in Senebabel bereits seit fünf Jahren ein solches Geschäft besteht, das allen Druckereien Linotypesatz zum Preise von 41 Pf. pro Tausend Buchstaben liefert. Also der Reford der „modernern“ Satzherstellung gebührt Paris.

Ein Zugeständnis der Teuerungserhältnisse hat die Reichsregierung mit dem Antrage auf Abänderung des Gesetzes über die Naturalleistungen für einquartiertes Militär gemacht. Die seit dem Jahre 1898 geltenden Sätze sollen nämlich mit Rücksicht auf die am 1. März n. J. in Kraft tretenden Zollsätze eine Erhöhung erfahren, d. h. die Regierung sagt das mit anderen Worten, daß nämlich die mit der Zubereitung der Speisen verbundene Mithewaltung höher zu veranschlagen sei als früher! Eine gute Ausrede ist bekanntlich einen Taler wert, diese jedoch keinen Pfennig. Mit solcher Verschleierung der wirklichen Beweggründe kann doch niemand getäuscht werden.

Als eine weitere Folge des Fleischwunders ist der in den letzten Tagen gefaßte Beschluß von der außerordentlichen Generalversammlung des internationalen Vereins der Gasthofbesitzer zu betrachten, angelehnt der durch einwandfreie Sachverständige als dauernd bezeichneten Fleischteuerung sowie der Steigerung der übrigen Lebensmittel einen bedeutenden Preisaufschlag einzutreten zu lassen. In der Debatte wurde auch darauf hingewiesen, daß selbst schon regierende Fürsten Teuerungszulagen verlangen, wie vom Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt geschehen, der dann wegen Verweigerung derselben den Landtag auflösen ließ.

In Braunschweig sind die Lithographen, Stein-drucker und Kartographen in eine Tarifbewegung eingetreten. — Auf der Zeche „Wienischsbant“ bei Auen sind die Schleppler und Pferdeträger wegen Lohnkürzungen ausständig geworden. — In Rostock sind auf der West-„Reyten“ die Schiffbauer in den Streit getreten. — Wegen Verweigerung ihrer minimalen Forderungen sind die Gasarbeiter in Augsburg ausständig geworden. — In Fürstberg a. d. O. wurden

die Werftarbeiter ausgesperrt. — Die Zuschneider in den Konfektionsgeschäften in Herford greifen wegen Ablehnung ihrer Lohnforderung zum Mittel des Streiks. — Die Getreidearbeiter in Duisburg sind mit ihrem Ausstände unterlegen wegen zu großen Streikbrecherzuzuges. — Bedingungslos haben auch die Kieler Straßenbahner ihren Dienst wieder aufgenommen.

In Paris sind die Diamantarbeiter ausständig geworden. — In Ruffisch-Polen wird bei Erscheinen dieser Nummer jedenfalls wieder ein Streik der Eisenbahner ausgebrochen sein. — Auch in Oesterreich droht wieder der passive Widerstand der Eisenbahner an den Privatbahnen.

Eingänge.

Das Wichtigste vom Kinderschutzgesetz. Für Eltern, Arbeitgeber und Lehrer bearbeitet von W. König. Verlag von Franz Buchta, Lahrhütte, 1905. Preis: 10 Pf. Das Büchlein, das im Vorworte durch die königlichen Gewerbeinspektoren zu Kattowitz, Beuthen (O.-Schl.) und Gleiwitz warm empfohlen wird, ist durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Jahrbuch für Inventanten und Bücherfreunde für 1906. Wegen Einbindung von 20 Pf. in Briefmarken für Frankatur wird es unentgeltlich an jedermann vom Bureau des Invalidenband in Berlin, Unter den Linden 24, versandt.

Schriften des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes. Band 22 bis 27. Preis à 50 Pf. Eigner Verlag in Hamburg, Holstenwall 3/5.

Kosmos, Handweiser für Naturfreunde. 2. Jahrgang. Heft 7 u. 8. Preis à 30 Pf. (pro Jahrgang 10 Hefte 2,50 Mk.). Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Franckh'sche Verlagshandlung.)

Briefkasten.

H. H. in Stuttgart: Kann hier nicht beantwortet werden; Sie müssen sich an ein Patentbureau wenden. — F. G. in Ludwigshafen: Bei uns ist nichts eingegangen. Ihre Bemerkung, daß der Bericht von Mannheim mit dem von Ihnen eingeklandeten zusammen gebracht werden soll, ist uns unverständlich, da aus Mannheim ein Bericht bei uns nicht vorliegt. — F. H. in Düsseldorf: Nein. — A. B. in St. Johann: Diese Fragen sind zunächst sehr schwer, von uns aber gar nicht zu beantworten. — W. B. in Pflanzburg: 1,65 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Adressenveränderungen.

Bezirk **Düsseldorf**. Vorsitzender: Fr. Koers, Fürstengasse 67, II (in Vertretung des erkrankten Vorsitzenden Born).

Bezirk **Essen**. Vorsitzender: August Holland, Schulstraße 11, II; Kassierer: Adolf Hensel, Ederstraße 4, III.

Bezirk **Görlitz**. Vorsitzender: G. Reichelt, Bahnhofstraße 59, III; Kassierer: Max Lindner, Landesstrasse 13, p.

Najenburg (Ostpr.). Vorsitzender: G. Schulz, Vorbere Neustadt 27, II; Kassierer: F. Kaffner, Bischofsstraße 2, II.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Aachen 1. der Drucker Peter Cryns, geb. in Aachen 1880, ausgel. das. 1898; war schon Mitglied; 2. der Sezer Josef Storms, geb. in Heinsberg (Nid.) 1886, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Cuxen der Sezer Aug. Libotte, geb. in Cuxen 1884, ausgel. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Stolberg der Sezer Heinrich Weßen, geb. in Aachen 1887, ausgel. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — Anr. Wilms in Aachen, Adalbertstraße 55. — In Bochum 1. der Sezer Alex Reineke, geb. in Bochum 1886, ausgel. das. 1904; 2. der Drucker Ludwig Godel, geb. in Hohenwepel 1885, ausgel. in Bochum 1904; waren noch nicht Mitglieder. — Emil Albrecht, Biemelhauserstraße 33.

In Oberstadt 1. der Sezer Ludwig Knieß, geb. in Pfungstadt 1872, ausgel. in Oberstadt 1889; 2. der Drucker Adam Michel, geb. in Oberstadt 1882, ausgel. das. 1899; waren noch nicht Mitglieder. — P. Hildebrandt in Darmstadt, Arheilgerstraße 58.

In Eisenach der Drucker Johann Gröschl, geb. in Bergkühn (Bez. Karlsbad) in Böbmen 1881, ausgel. in Karlsbad 1900; war schon Mitglied. — W. Rudolph, Rathhäuserstraße 38.

In Engen der Sezer Albert Keller, geb. in Neustadt i. Schw. 1887, ausgel. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — Chr. Holz in Konstanz, Scheffelstraße 11.

In Essen die Sezer 1. Ernst Laß, geb. in Hückes-

